



KÖLNLIBERAL

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

Freie
Demokraten

FDP Köln



Der neugewählte Kreisvorstand (v.l.n.r.): Ralph Sterck, Julian Kull, Joachim Heinemeyer, Eva-Maria Ritter, Lorenz Deutsch, Christina Dumstorff, Joachim Krämer, Bettina Houben, Alexandra Herzog, Fardad Hooghoughi, Martin Osorio Pulido und Marc Urmetzer. Nicht im Bild Maria Westphal und Paul Lemoine.

Bild: Hannick V. Bobzin

KREISPARTEITAG

FDP Köln setzt Kurs für die kommende Wahl und fordert wirtschaftsorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung

Die FDP-Köln hat auf ihrem Parteitag am 11. März den Kurs für die kommende Wahl festgelegt. Der wiedergewählte Vorsitzende Lorenz Deutsch betonte dabei, dass Köln „dramatisch unter seinen Möglichkeiten“ regiert werde und forderte eine attraktive und nachhaltige Stadtentwicklung, die auch über die Landesgrenzen hinaus strahlt.

In seiner Rede vor Parteimitgliedern betonte der Vorsitzende, dass die FDP-Köln sich dafür einsetzen werde, dass die Stadt ihr volles Potenzial entfalten könne. Dazu gehöre nicht nur eine moderne Verkehrspolitik und eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts, sondern auch eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP-Köln, Ralph Sterck, ergänzt die Aussagen des Vorsitzenden und betont, dass es in der Stadt an vielen Stellen hakt. „Insbesondere die Verkehrsprobleme, wie die immer wieder verschobene Eröffnung der Nord-Süd-Stadtbahn, bereiten der Stadt Sorgen. Auch

die gescheiterte Klinikfusion ist Beispiel dafür, dass in Köln derzeit der Wurm drin ist. Wir brauchen eine neue Politik, die die Herausforderungen der Stadt angeht und die Chancen, die Köln bietet, nutzt. „Wer Köln liebt, macht es besser“, so Sterck.

Die FDP Köln geht gestärkt aus ihrem Parteitag hervor und setzt nun den Kurs für die kommende Wahl. Die Mitglieder zeigten sich optimistisch, dass die FDP bei der nächsten KölnWahl ein starkes Ergebnis erzielen wird und damit einen wichtigen Beitrag für eine attraktive und nachhaltige Stadtentwicklung leisten kann.

So stellt sich auch er neu gewählte Vorstand auf. Neben Lorenz Deutsch als Vorsitzenden wurden Maria Westphal und Joachim Krämer als seine Stellvertreter wiedergewählt. Neu im geschäftsführenden Vorstand wurden Joachim Heinemeyer als Schatzmeister und Dr. Eva-Maria Ritter als Schriftführerin gewählt. Als Beisitzer komplettieren: Marc Urmetzer, Bettina Houben, Alexandra Herzog, Christina Dumstorff, Fardad Hooghoughi, Paul Lemoine, Martin Osorio Pulido und Julian Kull den Vorstand.

[Joachim Krämer]

Fortsetzung auf Seite 5

VORWORT

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



Bild: Maurice Cox

als auch kommunalpolitisch aktiver Bürger komme ich regelmäßig mit Menschen ins Gespräch. Gerade auch mit jenen, die sich selbst nicht oder nur wenig politisch engagieren, als auch mit solchen, die nicht im öffentlichen Dienst arbeiten. Bedauerlicherweise gibt es bei beiden Gruppen ein für mich unerfreulich übereinstimmendes Meinungsbild: Dass bei Politik und Verwaltung in Köln „immer nur gequirelte Kacke“ rauskommt, ist noch eines der freundlicheren Statements. Die Unzufriedenheit ist groß: Seien es die „stümperhaften“ Verkehrsexperimente in Deutz und Ehrenfeld, die Schulpolitik, die KVB, der Karneval, die Sauberkeit im öffentlichen Raum, Baumaßnahmen aller Art, der Service in Ämtern, die Rückständigkeit in Sachen Digitalisierung.

In vielen Bereichen performt unsere Stadt auf dem Level eines Entwicklungslandes. Und ein Ende scheint nicht absehbar zu sein. Denn niemand in der Stadtführung versucht, auch nur ansatzweise eine erkennbare Ambition an den Tag zu legen, das zu ändern. Das grün-schwarze Ratsbündnis setzt seine Beschäftigungsschwerpunkte derweil lieber daran, irgendwie mit Fassadenbegrünung die ganze Welt zu retten. Und selbst die von den Kölnerinnen und Kölnern geforderten schnellen Lösungen zumindest der allerdringendsten Probleme scheitern am Ende aber leider immer wieder an dem großen ideologischen Dissens eben jenes Bündnisses. Im Interview mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher unserer Ratsfraktion, Volker Görzel, kommen wir auf dieses Thema auch zu sprechen.

Die Kölner FDP hat auf ihrem letzten Kreisparteitag einen neuen Vorstand gewählt, der sich dieser Vielzahl an Herausforderungen stellen wird. Ich wünsche allen Beteiligten dafür viel Kraft und einen langen Atem, denn einfach wird das nicht. Haut rein!

Mit liberalen Grüßen
Stephan Wieneritsch
CHEFREDAKTEUR

INNENSTÄDTE RETTEN – LEBENDIGE STADTKERNE ERHALTEN

Die Warenhaus-Kette Galeria betreibt zurzeit 129 Filialen in Deutschland und davon 31 in Nordrhein-Westfalen. Davon sollen bundesweit 52 und in NRW 15 geschlossen werden. Mit ihren großflächigen Standorten stellten die Warenhäuser unter den Namen Galeria Kaufhof und Karstadt über die vergangenen Jahrzehnte hinweg einen wichtigen Anker in den Fußgängerzonen dar. Um diesen Anziehungspunkt bildeten sich vielfältige Konsum-Cluster in den Innenstädten. Insbesondere kleinere Geschäfte und Dienstleistungsanbieter profitierten von der Strahlwirkung der großen Vollsortimenter, deren Kunden als Laufkundschaft auch in den umliegenden Geschäften einkehren und dort Wertschöpfung generieren.

Einst ein Leuchtturm des Einzelhandels in der Kölner City – der Kaufhof an der Schildergasse

In den vergangenen Jahren schrieb der Konzern zunehmend negative Schlagzeilen. Nach einer Konzernrestrukturierung, dem Aufkauf durch die Signa-Holding des österreichischen Immobilien-Magnaten René Benko und der Übernahme der Karstadt-Kaufhäuser in den Galeria-Konzern wurde der Konzern zuletzt schwer durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie getroffen. Angesichts des zusätzlichen Umsatzeinbruchs durch die verordneten Schließungsaufgaben in den Jahren 2020 und 2021 stabilisierte der Bund die Galeria Gruppe durch ein umfangreiches Hilfspaket. In zwei Tranchen gewährte der Bund dem Unternehmen einen Kredit in Höhe von insgesamt 680 Mio. Euro aus Mitteln des Wirtschaftsstabilisierungsfonds.

Diesen umfassenden Staats-Hilfen zum Trotz, hat der Galeria-Konzern im Herbst 2022 erneut eine Finanzierungslücke öffentlich gemacht und in Zuge dessen am 1. Februar 2023 ein Insolvenzverfahren eröffnet.

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass der Galeria-Konzern keine weiteren Bundeshilfen erhalten wird. Ein staatlicher Ausgleich der operativen Verluste kann nicht die dauerhafte Lösung für ein strukturelles Problem sein. In der Verantwortung steht in erster Linie der Eigentümer René Benko und seine Signa-Holding, die bereits angekündigte, im Rahmen der erfolgreichen Verabschiedung eines Insolvenzplans neue Mittel bereitzustellen, sowie die Galeria-Geschäftsleitung bei der Umsetzung ihres Restrukturierungskonzepts.

Es ist hingegen Aufgabe der Politik, schnelle Lösungen für die Galeria-Standorte zu finden, die im Rahmen der Restrukturierung geschlossen werden sollen. Das Szenario eines mitunter Jahre andauernden Leerstands in prominenter Lage im Stadtkern muss verhindert werden. Kaskadeneffekte, die auf die umliegenden Einzelhändler übergreifen und zu einem „Sterben“ der Innenstadt führen, gilt es zu verhindern. Die Eigentümer be-

finden sich hierzu bereits im Dialog mit den Beschäftigten, den Vermietern und potentiellen Interessenten. Aus politischer Sicht muss alles dafür getan werden, dass der Übergang zur Nachnutzung möglichst schnell und unkompliziert von statten gehen kann.

Die FDP-NRW schlägt zur Verhinderung eines langfristigen Leerstands in den Innenstädten ein Sofortprogramm vor:

1. Die zuständigen Ressorts auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene sollen in einem gemeinsamen Prozess die Lage der von Schließung bedrohten Filialen eruieren. Dort, wo sich bereits Interessenten gemeldet haben, soll ein schneller Wechsel ermöglicht werden.

2. Das Landeswirtschaftsministerium soll gemeinsam mit dem Landesbauministerium eine Task-Force initiieren, die in Kontakt mit den Kommunen die Folgen des Wegfalls der Galeria-Standorte für die jeweiligen Innenstädte bewertet und



die Konzepte für eine rechtliche Vereinfachung von Weiternutzungen ermöglicht. Dazu gehören:

- a. Eine Flexibilisierung des Baurechts, damit neue Mieter mehr Möglichkeiten erhalten, die Flächen nach ihren Vorstellungen neu zu nutzen. Um die Gefahr eines jahrelangen Leerstands zu verhindern, sollte der Denkmalschutz pragmatisch gedacht werden. Ebenso darf es keine unnötigen Hindernisse bei der Unterteilung der Fläche in einzelne getrennte Parzellen geben, damit auch kleinere Mieter Teile der Kaufhäuser für sich nutzen können.
 - b. Die Immissionsschutz-Richtlinien von Ländern und Kommunen sollen hinsichtlich möglicher Ausnahmeregelungen überprüft werden. Insbesondere die Lärmschutzmaßnahmen sollen mit Blick auf einen zügigen Umbau der Filialen und eine neue Nachnutzung gelockert werden.
 - c. Gezielte Zwischennutzungen, wie Pop-up-Stores, Showrooms oder Co-Working Spaces und Start-up-Akzeleratoren, sollen möglichst unbürokratisch möglich sein. Hierbei gilt es zu prüfen, inwiefern die öffentliche Hand bei den Mietzahlungen unterstützend tätig sein kann. Hier gibt es bereits erste Best Practices auf Bundesebene.
3. Programme des Bundes, wie „Lebendige Zentren“, sollen vor dem Hinblick der bevorstehenden Filialschließungen angepasst werden und wirksame Instrumente und Förderungen zur Neuansiedlung und Diversifizierung des Standorts sollen verstärkt implementiert werden.
4. Die Möglichkeiten der Landesbauordnung, leergefallene Einzelhandelsimmobilien auch für Zwecke der Wohnnutzung zu verwenden, sollen weiterentwickelt werden.
5. Im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen sollen mehr Sonntagsöffnungen ermöglicht werden. Es soll den Kommunen ermöglicht werden, pro Monat einen verkaufsoffenen Sonntag auszuweisen. An diesem können Kommunen leichter Veranstaltungen in der Innenstadt durchführen, Innenstädte durch Sonderkapazitäten des Öffentlichen Personennahverkehrs besser erreichbar machen und zusätzliche Parkflächen ausweisen.

Reinhard Houben,
MdB und Wirtschaftspolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion

Anzeige

HMS.Barthelmeß Görzel
Rechtsanwälte

Kanzlei für Wirtschaftsrecht

Claus G. Schmitz
Forderungsmanagement, Handels- und Gesellschaftsrecht, Vertragsrecht

Volker Görzel
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Arbeitsrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht

Tim C. Berger
Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz
Wettbewerbsrecht, Markenrecht

Jens Olinger
Insolvenzrecht

Peter Friemond
Arbeitsrecht, Vertragsrecht

Stefan Schotters
Miet- und Immobilienrecht, Baurecht

Dirk Barthelmeß
Urheberrecht, Internet-Recht

HMS.Barthelmeß Görzel Rechtsanwälte | Hohenstaufenring 57a | 50674 Köln
Tel. +49 221 - 292 192 0 | mailto: sekretariat@hms-bg.de | www.hms-bg.de

DIE VERKEHRSWENDE BRAUCHT MEHR SCHIENEN

AUSBAU DES KVB-NETZES STRÄFLICH VERNACHLÄSSIGT



Der Kreisparteitag der FDP-Köln hat Mitte März „Bausteine für eine liberale Verkehrswende in Köln“ beschlossen. Darin heißt es: „Wir begrüßen alle Maßnahmen, die den Umstieg (...) dadurch erleichtern, indem diese durch Investitionen und Ausbau verbessert werden. Maßnahmen, die aber aus ideologischen Motiven auf die Bestrafung bestimmter Verkehrsmittel abzielen, lehnen wir strikt ab.“ Ein klares Bekenntnis zur freien Verkehrsmittelwahl, wie es schon zur KölnWahl 2020 plakatiert wurde: „Auto, Rad, KVB: Du entscheidest!“

Doch gerade der dafür notwendige Ausbau des Schienennetzes der Kölner Verkehrsbetriebe wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. So ist z.B. die Ost-West-Achse zwischen Heumarkt und Neumarkt mit ihrem 2-Minuten-Takt im morgendlichen Berufsverkehr längst über ihrer Kapazitätsgrenze. Abhilfe soll die sogenannte Dreifachtraktion bringen, also das Aneinanderkoppeln von drei Waggons, so dass 90-Meter-Züge entstehen und damit 50% mehr Fahrgäste pro Fahrt transportiert werden können.

Bereits 2009 hatte die FDP das Thema aufgegriffen und 2019 einen Abschluss der Maßnahmen zumindest auf dem westlichen Ast Richtung Weiden-West bis zur Fußball-EM 2024 gefordert. Daraus wird leider nichts: Die komplette Strecke bis Bensberg soll nun „ab 2026“ für Dreifachzüge bzw. – auf Initiative der

Liberalen – beschaffen durchgehenden Doppelwaggons mit einem gekoppelten Einzelwagen umgebaut werden. Auf die von uns favorisierten durchgängigen 90-Meter-Züge, die mehr Sicherheit und Komfort brächten, muss man bis frühestens in die 30er Jahre warten.

Quizfrage: Wie viele Kilometer Stadtbahnstrecke wurde in den letzten zehn Jahren in Köln eröffnet? Antwort: 0,6 durch die Verlängerung der Linie 3 bis zum Görlinger-Zentrum in Bocklemünd/Mengenich 2018. Immerhin hat es für diese Anfang der 60er Jahre geplante Strecke „nur“ knapp 60 Jahre bis zur Realisierung gebraucht. Aber das ebenso alte Neubrück wartet immer noch auf seinen Stadtbahnanschluss. Das macht man in der ÖPNV-Erfolgsstadt Wien anders: Da werden erst die Bahnstrecken und dann die neuen Stadtteile gebaut, wie man an der Seestadt Aspern sehen kann.

Man könnte noch beide Teilstrecken der Nord-Süd-Stadtbahn, die eigentlich 2010 komplett fertig sein sollte, anrechnen. Immerhin wurde die nördliche, von der Linie 5 befahrene Strecke bis zum Heumarkt gegen den anfänglichen Widerstand der KVB 2012 und 2013 in Betrieb genommen. Der südliche, von der Linie 17 befahrene Abschnitt wurde gegen den erbitterten Widerstand der zur Beschlussfassung mehrheitsführenden SPD 2015 eröffnet. Auf beiden Strecken würden wahrscheinlich heute noch nur Geisterzüge zur Instandhaltung der Strecke fahren, wenn es nicht entsprechende Initiativen der Liberalen gegeben hätte. Deshalb nannte der damalige KVB-Chef Jürgen Fenske bei der Eröffnungsfeier am Chlodwigplatz die Liberalen auch die Ideengeber der Teilbetriebnahme.

ÖPNV-Roadmap von 2018

Doch eigentlich müsste das KVB-Schienennetz viel schneller und stärker in die Fläche gebaut werden, um mehr Stadtteile und damit mehr potentielle Fahrgäste mit der Bahn zu erschließen. Zu diesem Zweck wurde 2018 die sogenannte ÖPNV-Roadmap beschlossen. Sie umfasst drei Maßnahmen der Schienennetzerweiterung, bei denen noch in den 20er Jahren mit dem Bau begonnen werden sollte: Rondorf/Meschenich, Mülheim-Süd und Stammheim/Flittard sowie Zündorf-Süd. Vier weitere Projekte sollten ab 2030 folgen: die links- und rechtsrheinische Gürtelverlängerungen, Neubrück und Widdersdorf.

Im vergangenen September legte die Stadtverwaltung dazu den dritten Sachstandsbericht vor. Neu hinzugekommen ist die Verlängerung der Linie 17 über den Rhein nach Niederkassel und Bonn-Beuel. Diese soll „ab 2029“ gebaut werden und da hier der Rhein-Sieg-Kreis federführend ist und Druck macht, könnte das vergleichsweise schnell gehen. Damit soll auch die Linie 7 bis zu einer entsprechenden Verknüpfung in Porz-Langel verlängert werden. Und neu ist die Verlängerung der Linie 4 über Widdersdorf nach Niederaußem „ab 2032“. Muss Widdersdorf dann auch so lange warten?

Enttäuschend nur, dass der Baubeginn für die Verlängerung der Linie 7 in den vier Jahren seit Aufstellung der Roadmap um drei Jahre auf „ab 2025“ verschoben wurde. Die Strecke nach Stammheim und Flittard sogar um vier Jahre auf „ab 2028“. Überhaupt ist natürlich dieses Wörtchen „ab“ sehr verräterisch, denn das kann auch den Sankt-Nimmerleins-Tag bedeuten... Hinzu kommen die Bahnsteigverlängerungen auf der 4, 13 und 18, die die Kapazität erhöhen und seit letztem Jahr laufen sollen. Zu sehen ist davon leider noch nichts.

Die Linie 13 ist der „Hidden Champion“ unter den KVB-Linien. Sie kann Verkehre vor der Innenstadt abfangen, damit nicht alle Fahrgäste z.B. bis zum Neumarkt fahren in der Erwartung, von dort schnell einen Anschluss in Richtung Ziel zu bekommen. Aber da auf dem Gürtel nur eine Linie in einem – oft unzuverlässigen – 10-Minuten-Takt fährt, ist das vielen zu unattraktiv. Daher ist der 5-Minuten-Takt, der hier auf Initiative der FDP beschlossen wurde, sehr wichtig. Und auf unser Konto geht auch der Beschluss für zwei neue Haltestellen Niehler Straße/Gürtel und Boltensternstraße/Gürtel.

FDP-Antrag zur Beschleunigung

Insgesamt war die FDP vom vorgelegten Sachstandsbericht sehr enttäuscht: zu wenig Fortschritte und zu ambitionslos. Für einen kraftvollen Ausbau des ÖPNV-Netzes im Sinne einer funktionstüchtigen Verkehrswende reicht das alles nicht aus. Dementsprechend wurde von uns ein Änderungsantrag gestellt, um die Prozesse zu beschleunigen:

1. Die Maßnahmen zur linksrheinischen Gürtelverlängerung der Linie 13, zur Rheinquerung der Linie 17 zwischen Godorf und Langel, zum Stadtbahnanschluss Neubrück und zum Neubau der Haltestellen Boltenstern- und Niehler Straße/Gürtel sind durch geeignete Schritte dahingehend zu beschleunigen, dass sie bereits möglichst weit vor 2032 in Betrieb gehen.

2. Der Neubau einer Verknüpfungshaltestelle der Linie 18 am Bahnhof Köln-Süd und die Anbindung der Stadtbahnanschlüsse Mülheim-Süd und Stammheim/Flittard ist im Sinne der Umsetzung des Ratsbeschlusses „Umgestaltung Barbarossaplatz – Machbarkeitsstudie“ vom 06.02.2020 zu planen (Verbindung bis Hürth-Mitte und U-Bahn unter dem Barbarossaplatz).

3. Die geplanten Netzerweiterungen nach Hürth-Mitte inkl. der dafür notwendigen Unterquerung des Militärrings, die im Rahmen der Ausgleichmaßnahmen für das Rheinische Revier angemeldete Verlängerung der Linie 7 von Frechen-Benzelrath nach Kerpen und die beschlossene Machbarkeitsstudie für die (auf Initiative der FDP beschlossene) Haltestelle Rheinauhafen auf der Severinsbrücke sind in die Sachstandsberichterstattung aufzunehmen.

4. Die langfristig wünschenswerten Netzerweiterungen nach Pesch, der Linie 16 von Niehl, Sebastianstraße bis Niehl-Nord, die Verlängerung der Linie 12 in die Rheindörfer und der Linie 1 nach Moitzfeld sowie die Stadtwaldbahn sind in einer neuen Kategorie – z.B. 2040+ – in die



Plakatmotiv zur KölnWahl 2020

Sachstandsberichterstattung aufzunehmen. (...)

Der Antrag wurde schon mehrmals im Verkehrsausschuss vertagt. Optimistisch kann man das als Zeichen werten, dass insbesondere das Ratsbündnis mit sich ringt, einen Beschluss in der vorgegebenen Richtung zu fassen, denn zufrieden können die Kolleginnen und Kollegen mit dem vorgelegten Tempo auch nicht sein. Hoffen wir das Beste!

.....
Ralph Sterck
Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Köln

Fortsetzung von Seite 1

IMPRESSIONEN VOM KREISPARTEITAG





Bild: Maurice Cox

„DIE KOSTENEXPLOSIONEN BEI ÖFFENTLICHEN BAUTEN MACHEN MICH FASSUNGSLOS.“

IM GESPRÄCH MIT VOLKER GÖRZEL

Herr Görzel, der Krieg in der Ukraine tobt nun unvermindert seit über einem Jahr. Die Auswirkungen sind weltweit zu spüren. Deutschland ist u.a. durch die große Zahl von Kriegsflüchtlingen, seine militärischen Unterstützungsleistungen und den Engpässen in der Energieversorgung unmittelbar betroffen. Wie wirken sich diese Herausforderungen hier bei uns auf kommunaler Ebene aus?

Der russische Überfall auf die Ukraine hat die Weltwirtschaft kräftig durchgeschüttelt. Die Auswirkungen erreichen uns auch in Köln. Zuerst waren die höheren Preise für Strom, Gas und Sprit für jeden unmittelbar im Portemonnaie bemerkbar. Diese höheren Energiepreise haben dann eine Kettenreaktion ausgelöst: Die Inflation verteuert unser aller Leben in allen Bereichen. Vom Haarschnitt bis zur Urlaubsreise. Da wir den Euro nur einmal ausgeben können, geraten einige Branchen unter Druck. Peek & Cloppenburg oder Galeria Kaufhof melden Insolvenz an. Ford beschließt, die E-Mobilität in den USA entwickeln zu lassen und baut tausende Stellen ab. Das hat alles etwas mit der Inflation und damit mit dem Krieg zu tun.

Der Fachkräftemangel wird in den Medien als ein Hauptproblem für die bundes-

weiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten angesehen. Ist das in Köln und im Umland auch so deutlich zu spüren?

Jeder von uns spürt den Arbeitskräftemangel. Corona hat in der Gastronomie zu Verwerfungen beim Personal geführt. Kneipenschließungen und reduziertes Angebot in den Gaststätten sind die Folge. Jeder kann ein Lied davon singen. Als Aufsichtsrat der Kölnmesse weiß ich, dass viele Messebauunternehmen während Corona aufgegeben haben. Resultat sind jetzt Lieferschwierigkeiten und natürlich höhere Preise. Aber auch bei hochqualifizierten Stellen spüren wir das überall: In den Schulen gibt es keine Vertretungslehrer. Wir sind umgeben von Chemieunternehmen. Die suchen händeringend Chemikanten oder Laboranten. Und natürlich der Pflegebereich: Hier werben sich die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gegenseitig das Personal ab.

Ford hat einen drastischen Arbeitsplatzabbau im Kölner Werk angekündigt. Gibt es seitens der Stadt konkrete Bemühungen, mögliche Folgeschäden zu minimieren?

Zum Glück soll der Stellenabbau bei Ford nun einigermaßen langsam und ohne Kündigungen erfolgen. Daher ist der Druck überschaubar. Die Stadt Köln

könnte sicherlich den einen oder anderen Ingenieur übernehmen. Ich bin zuversichtlich, dass die freigesetzten Ford-Mitarbeiter eine neue Stelle finden werden. Mir macht etwas Anderes Sorge: Wir verlieren in Köln leider das Image als Wirtschaftsstandort. Die Oberbürgermeisterin hat als oberste Wirtschaftsförderin bislang völlig versagt. Statt verzweifelt mit den Schultern zu zucken hätte sie sich beherzt vor die Männer und Frauen bei Ford stellen müssen. Adenauer würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er mit ansehen müsste, wie tatenlos seine Amtsnachfolgerin Reker sein Erbe aufs Spiel setzt.

Wie ist denn ihre persönliche Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im Rheinland in den kommenden Jahren?

Der Standort Rheinland hat eine echte Chance. Voraussetzung ist, dass unsere Schlüsselindustrien Chemie und Automobilzulieferer die Herausforderungen Energie, Klima und Lieferketten gut meistern. Das sind ja in Wahrheit alles technologische Herausforderungen. Im Rheinland haben wir zudem den Vorteil, dass wir viele teils miteinander konkurrierende Städte haben, die jeweils ihre besonderen Profile haben. Aachen als Wissenschafts- und Forschungsstandort, Bonn als Verwaltungsstandort bis hoch

Volker Görzel wurde 1970 in Siegen geboren. 1989 verbrachte er als Stipendiat des Deutschen Bundestages ein Jahr in den USA. Sein Jura-Studium hat er in Kiel, London und Chicago absolviert. Seit 2000 ist er Sozius einer Rechtsanwaltskanzlei in Köln.

Seit 2017 ist Volker Görzel Mitglied des Rates der Stadt Köln. Er bekleidet dort das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sowie des Justitiars der Fraktion. Er ist Sprecher für Wirtschaft, Allgemeine Verwaltung und Recht sowie Rechnungsprüfung. Außerdem vertritt er die FDP-Fraktion in Aufsichtsräten von städtischen Gesellschaften wie etwa die Kölnmesse oder Kölnkongress.

Er lebt mit seiner Ehefrau und seinem Sohn in Köln-Longerich. Wenn er nicht auf dem Rennrad sitzt, steht er vor seinem Gasgrill und zaubert mit einem Glas Wein in der Hand tolle BBQs.

zur UN-Stadt. Düsseldorf ist seit jeher als Tor zum Ruhrgebiet und seinen Industrien kommerziell ausgeprägt und hat den Bonus einer Landeshauptstadt. Köln hat einen sensationellen Branchenmix. Vom Autobau über Medien und Versicherungen bis hin zum schönsten Zoo NRWs. Das ist kein „Klein-Klein“, sondern eine rheinische Symphonie der Vielfalt, auf die wir stolz sein können.

Die Kölner Stadtverwaltung wird in weiten Teilen der Öffentlichkeit oft nur noch als ein kontinuierliches System- versagen wahrgenommen. Warum entsteht dieser Eindruck zunehmend und was wird dagegen unternommen?

Als Opposition im Kölner Rat müssen wir überall den Finger in die Wunde legen, wo die Verwaltung versagt. Und es gibt viele Wunden: Ob es Wartezeiten bei der Beantragung von Reisepässen sind oder der beschämende Schulplatzmangel und das für die Kinder würdelose Zuteilungsverfahren. Das Marktamt der Stadt Köln ist in Auflösung etc.. Die Liste ließe sich fortsetzen. An den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt es nicht. Die geben täglich ihr Bestes und sind fleißig. Die Ursachen sind vielseitig und dafür reicht dieses Interview nicht aus. Aber eins ist klar: Eine mittelmäßige Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister kann Köln

nicht an die Spitze führen. Das ist auch eine Frage des Mindsets. Da fehlt mir bei der Oberbürgermeisterin jedweder Ehrgeiz. Erst Recht beim Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt. Da klopft man sich schon auf die Schulter, wenn man einen Fahrradstreifen auf die Straße malt oder das Silvesterfeiern in der Innenstadt verbietet. Das ist zu wenig.

Stichwort „Kostenexplosion“: Ende vergangenen Monats wurde bekannt gegeben, dass sich die Kosten für die Wiederinbetriebnahme des Brunnens am Neumarkt im Vergleich zur ursprünglichen Planung annähernd verdoppelt haben. Das scheint bei vielen städtischen Projekten mittlerweile der Normalfall zu sein. Wird in der Verwaltung so schlecht geplant und gerechnet oder gibt es auch andere Ursachen?

Die Kostenexplosionen bei öffentlichen Bauten machen mich fassungslos. Natürlich gibt es Fachkräftemangel, Lieferprobleme und Preissteigerungen. Das ist doch klar. Aber warum fällt der Bauverwaltung erst nach knapp 20 Jahren auf, dass der Baugrund neben dem Wallraff-Richartz-Museum kritisch ist? Warum benötigen wir beim Römisch-Germanischen-Museum von der Planung bis zum Baubeginn über zehn Jahre? Warum wurde in den letzten Jahren in Köln nicht ein

einziges Zentimeter Schiene für den ÖPNV gelegt? Das hat auch was mit den Prozessen, Ämterabstimmungen und Kompetenzgerangel in der Verwaltung zu tun. Aber auch mit politischer Sabotage. Nur weil das Ratsbündnis aus CDU und Grünen es so wollte, haben wir bei der wichtigen Frage der Ost-West-Achse mindestens vier volle Jahre verloren. Die Mehrkosten für das Projekt sollten die Kölnerinnen und Kölner eigentlich der CDU und den Grünen Parteizentralen in Rechnung stellen.

Gibt es denn auch ein positives Beispiele?

Die Gründung der Köln Business Wirtschaftsförderungsgesellschaft war ein Glücksfall. Dort sitzen engagierte Profis mit der richtigen inneren Haltung. Die schmeißen gerade den Magneten an, um Unternehmen und Start-Ups nach Köln zu holen. Die haben begriffen, dass wir uns in Köln sozialen Zusammenhalt, saubere Schulgebäude oder PV-Anlagen auf allen Rathausdächern nur dann werden leisten können, wenn die Kölnerinnen und Kölner gut bezahlte Jobs haben und die Unternehmen genügend Steuern an die Stadt Köln überweisen.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

[Das Gespräch führte Stephan Wieneritsch.]

OP JÖCK IN SCHWERIN – MOIN KÖLLE!

Heimat es ... wo liberale Köpfe zusamme stonn! Fern von meinem geliebten Köllefortia arbeite ich in der FDP-Landtagsfraktion in Schwerin. Die Fraktion ist seit 2021 wieder im Landtag vertreten und versteht sich als Start-up, um frischen Wind in die ehrwürdigen Gemäuer des Schweriner Schlosses zu bringen. Sowohl die Norddeutschen als auch die Kölner fragen mich ständig: Eine Kölnerin in Mecklenburg-Vorpommern, geht das überhaupt? Und wie dat jeht!



Die Autorin vor dem Schweriner Schloss

Nachdem ich mehrere Jahre als Studienrätin für Kunst und Sozialwissenschaften am Europagymnasium der Stadt Kerpen, im Department Erziehungswissenschaften der Universität Siegen sowie zuletzt als Professorin für Fachdidaktik an der Kunstuniversität Linz in Österreich gearbeitet habe, war es an der Zeit, mein Erfahrungswissen in die Politik einzubringen. Politisch war ich schließlich schon immer. Der Klassenraum bildet in meinen Augen Demokratie im Kleinsten ab. Gerade weil ich bislang keine Politikkarriere hatte, gab mir die FDP-Fraktion die Chance, meinen professionellen Blick in das parlamentarische Geschehen des Kulturbereichs einzubringen. Keine drei Monate später habe ich zusätzlich das Ressort Soziales übernommen und zeitgleich den FDP-Mitgliedsantrag an meinem Erstwohnsitz im schönen Beverly Sülz eingereicht. Mit einer Ausnahmegenehmigung gehöre ich gegenwärtig dem Verband in der Hansestadt Wismar an, wo der Fraktionsvorsitzende René Domke seinen Wahlkreis hat. Zum Schwedenfest im Midsommer, bei einer Nosferatour oder im alten Hafen vorbeizuschauen, ist eindeutig meine Empfehlung für jeden Kölner. Der mittelalterliche Grundriss der Altstadt zählt zusammen mit Stralsund zum UNESCO-Weltkulturerbe und ist ein Traum für kölsche Stapelhäuschen-Liebhaber.

Wie gestaltet sich nun aber mein Arbeitsalltag zwischen Schietwedder, Seenplatte und einem kühlen Störtebeker? Viele Dinge prasseln unter hohem Zeitdruck plötzlich ein. Tagesaktuelle Meldungen können schon früh morgens den gesamten Ablauf noch einmal umwerfen. Gleichzeitig ist ein Kompass wichtig, wie die Teilziele im Wahlprogramm umgesetzt werden können. Üblicherweise arbeite ich an kleinen Anfragen, Initiativen und Pressemitteilungen, bereite Ausschüsse vor und nach, netzwerke mit Stakeholdern, bedenke auch fraktions- sowie parteiinterne Abstimmungen und erstelle Reden innerhalb kurzer Zeit bis zur Plenarwoche. Diese finden acht Mal pro Jahr statt und geben einen Großteil der Taktung in der Jahresplanung vor. Manchmal kommt es vor, dass ich gut und gerne 15 bis 20 Reden quer durch alle Nischenthemen innerhalb von fünf Werktagen vorbereiten muss. Fachlich korrekte Einordnungen, kluge Argumentationen und liberale Kernbotschaften heißt es auf den Punkt zu bringen. In solchen Fällen kommt es auf das Team an!

Natürlich bin ich am 1. Juli 2022 mit einem Fässchen unterm Arm bewaffnet in die Landeshauptstadt gegangen, um gut zehn bis fünfzehn Mitarbeiter neben fünf Abgeordneten als Kultusreferentin zu unterstützen. Schließlich sind Rheinländer als Schlabberschnüss dafür bekannt, Fremde ungefragt in ihrem dünnen HelLEN zu ertränken, bis das Gegenüber sich unserem heiterem Hätz ergibt. Kühle Norddeutsche hin oder her, es wird geschwad und jekallt, bis auch die Ostküste im Sunneshing erstrahlt. Gleichwohl scheint der Himmel nirgends so schön grau wie in Mecklenburg-Vorpommern. Denn mit einem klaren Schnack ganz eigener Art wurde ich während der Plenarwoche im Schweriner Schloss empfangen. Moin – unterschiedlich intoniert sagt es mehr als tausend Worte.

Was sich vorschnell als Klischee zwischen Ost und West liest, markiert einerseits wahrhaftig charakteristische Züge der Orte, andererseits drückt es die dynamische Vielfalt des kulturellen Seins aus, in dem ich mich beheimatet fühle. Und Jeföhl, das ist das, was sowohl Kölner als auch Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in meinen Augen miteinander verbindet. Sie sind heimatverbunden und europaverliebt, sie sind weltoffen und manchmal auch selbstbewusste Dorfkinder in einer lebendigen Demokratie.

Was aber mache ich denn nun genau in der Landtagsfraktion? Wie bin ich überhaupt zu meiner Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern gekommen? Und schmeckt die Currywurst rut-wiess auch in Schwerin?

Mit kollegialer Zuarbeit, einem unterstützenden Vier-Augen-Prinzip und einer chancenorientierten Grundhaltung im Miteinander gelingt dieses Pensum.

Überhaupt gefällt mir vor allem die Gastfreundschaft im hohen Norden. Ehrlicher Weise hatte ich als Halbtalienerin und Gastarbeiterkind der ersten Generation aus dem Sauerland nicht damit gerechnet, meine kulturelle Fusion ausgerechnet an der ostdeutschen Waterkant spiegeln zu können. Die Landtagsfraktion, insbesondere der Parlamentarische Geschäftsführer David Wulff, heißt Gäste jederzeit willkommen, ist an Austausch interessiert und schenkt mir einen kostbaren Entfaltungsspielraum, um eine bundeslandübergreifende Völkerverständigung zwischen eigen-, aber feinsinnigen Lokalpatrioten zu kultivieren. Für einen wettbewerbsfähigen Ansatz zwischen lokaler und globaler Ortsverbundenheit setzt sich unsere wirtschafts- und tourismuspolitische Sprecherin Sandy van Baal ein. Mit ihr konnte ich beispielsweise eine Initiative zu einem Bildungs- und Handel-

saustausch mit Spanien erarbeiten, den die Fraktion letztes Jahr in den Landtag eingebracht hat. Wir hatten u.a. gefordert, ein Cervantes-Institut nach Schwerin zu holen. Da ich selbst in Sevilla und Barcelona wegen einer Tanzausbildung gelebt habe, gefällt es mir, wie ich meine multikulturellen biografischen Querverbindungen in der Beratungsarbeit für die FDP-Fraktion verfolgen kann. Mit Flamenco, so viel Standortgenauigkeit sei erlaubt, habe ich allerdings in Köln-Lindenthal gestartet, bevor es nach Andalusien ging. Mit demselben Takt setzt sich unsere kulturpolitische Sprecherin Barbara Becker-Hornickel für soziale Teilhabe von Jung und Alt ein, um zukunftsorientierte Dialoge zu schaffen – ein aus meiner Sicht hoher Wert für Gemeinsinn. Im Zusammenspiel mit Anderen drückt sich diejenige Toleranz aus, mit der ich liberale Werte gerne repräsentiere: offen sein, neugierig sein, mutig sein.

Etwas Neues startet nun auch seit Februar dieses Jahres in der Landtagsfraktion für mich. Ich begleite die Enquete-Kom-

mission „Jung sein in MV“. Hier kann ich eine interdisziplinäre und interfraktionelle Agenda verfolgen, damit Landespolitik nicht nur über, sondern auch mit Kindern und Jugendlichen gestaltet wird. Darauf bin ich gespannt und kann vor allem auf das kooperative Engagement der JuLis in Mecklenburg-Vorpommern vertrauen. Daneben bin ich, so wie Lorenz Deutsch der FDP-Köln auch, neuerdings im Bundesausschuss Kultur tätig. Ich freue mich, dass der BFA im Herbst im Schweriner Schloss tagen wird. Zwischen Köln und Schwerin pendelnd liegt der Ruf nach einem Bekenntnis der eigenen Verortung nah, das ich als Plädoyer wie folgt formulieren mag: Zo Huss is do, wo man auf Freiheit trifft!

.....
Anna Maria Loffredo
Enquete-Referentin der
FDP-Landtagsfraktion MV

anna.loffredo@fdpltmv.de

LIBERALE ANTWORTEN

Dr. Eva-Maria Ritter

Schriftführerin im Kreisvorstand



Bild: privat

Eva-Maria Ritter hat das Leitbild der FDP-Köln mitentworfen. Die promovierte Politikwissenschaftlerin ist verantwortlich für Public Affairs bei einem Kölner Telekommunikationsunternehmen. Ehrenamtlich setzt sie sich für den Kölner Verein für seelische Gesundheit ein. 2019 wurde sie erstmals in den Kreisvorstand der FDP-Köln gewählt. Seit 2023 ist sie Schriftführerin im geschäftsführenden Vorstand.

Auf welche eigene Charaktereigenschaft sind Sie besonders stolz?

Loyalität.

Was mögen Sie an sich gar nicht?

Unpünktlichkeit.

Welches politische Projekt würden Sie gerne beschleunigt wissen wollen?

Infrastruktur und nochmal Infrastruktur: Dazu gehören der Glasfasernetz-ausbau in Deutschland und die Elektromobilität.

Wem würden Sie mit welcher Begründung einen Orden verleihen?

Meiner Familie. Weil sie mich trägt.

Welche Persönlichkeit in der Geschichte bewundern Sie?

Nelson Mandela. 18 Jahre im Gefängnis auf Robben Island, ungebrochen und schließlich Präsident Südafrikas. Mehr Versöhnung geht nicht.

Wie und wo würden Sie gerne mal Ihren Urlaub verbringen?

Andalusien.

Welches Buch würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?

„Reden wir über Politik“ von Sebastian Kurz. Der jüngste Regierungschef bisher weltweit – für mich ein Ausnahmepolitiker.

Welches Kulturereignis haben Sie in der letzten Zeit besucht?

Karneval, die LitCologne und immer wieder eine Podiumsdiskussion zum Iran. #Schallverstärker

Welches Lied singen Sie gern unter der Dusche?

Ich höre zumindest gerne Higher Power von Coldplay.

Wo hätten Sie gern Ihren zweiten Wohnsitz?

Sardinien.

Was verbindet Sie mit Köln?

Heimat und Lebensgefühl, mein erster Job. Familie und Freunde. Hier bin ich zu Hause.

Was können Sie besonders gut kochen?

Bratkartoffeln mit Salat und selbstgemachter Remoulade.

Was ist Ihr Lebensmotto?

Mein Lieblingsspruch aus der Bibel: Wir wissen aber, dass denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen, denen, die nach Vorsatz berufen sind (Römer 8,28).

Was steht auf Ihrem Wunschzettel?

Dass der Krieg in der Ukraine endet. Sonst wunschlos glücklich.

„WIR WOLLTEN EINE NEUE FDP..“

Pressekonferenz der Kölner
Ratsfraktion mit Gerhart Baum
und Dr. Wolfgang Leirich

Kölner Kreisparteitage sind meist die Höhepunkte, die man bereits als Basismitglied der FDP-Köln genießen darf. Man kennt hier zwar wie auch beim Stadtbezirksverband meist jeden mit vollen Namen und Lebenslauf. Gleichzeitig entscheiden sich hier aber auch die Weichenstellungen von Menschen, die eben auch weiter hinaus möchten in der politischen Landschaft. Von hier aus starten Karrieren auf lokaler Ebene, wie auch auf Landes- und Bundesebene. Dies kann diesen Umständen entsprechend hin und wieder zu hitzigen Debatten und Entscheidungen führen. Über Kandidaturen oder gar über Centbeträge bei der Gestaltung des monatlichen Mitgliedsbeitrags. Das alles bisher Genannte ist aber ein Kinkerlitzchen im Gegensatz dazu, was sich am 29. Januar 1970 auf einem Kölner Kreisparteitag abspielte und die kommenden Wochen sich fortsetzen würde. Auf diesem Kreisparteitag wurde hart gekämpft, ganz ohne Bandagen! Mit allen Mitteln. Die meisten von uns waren damals noch nicht mal Mitglied, geschweige denn geboren, wie auch in meinem Fall. Mir sind nur zwei noch lebende Zeitzeugen bekannt, die damals bei den Turbulenzen dabei waren. Einen von ihnen lassen wir im zweiten Teil der kommunalpolitischen Erinnerungen von Gerhart Baum zu Wort kommen. Nämlich Gerhart Baum selbst, der damals als Kreisvorsitzender im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. Doch was war genau geschehen? Das erfahren wir im Gespräch von Willem Fromm mit Gerhart Baum.

Baum: Es gab damals große Spannungen im Jahr 1970, denn es baute sich im Kreisverband eine Gegenposition auf, die von Jan Brügelmann angeführt wurde.

Auf dem Kreisparteitag zu Beginn des Jahres wurde ich bei der Neuwahl des Vorsitzenden zu meiner Überraschung in einer KampfAbstimmung abgewählt. Wolfgang Leirich war gegen mich angetreten.

Dieser Vorgang ist dann in einer Gerichtsverhandlung gemündet. Auf meiner Seite war Friedrich Jacobs, der das Verfahren dort führte. So sind Manipulationen aufgedeckt worden, insbesondere bei der Mitgliederwerbung. Man hat im letzten Moment Mitglieder in den Kreisparteitag reingepumpt, die die der anderen Seite die Mehrheit (Anm. d. Red.: für Leirich) gebracht haben.

Ich erinnere mich noch an Herrn Sion, der Brauerei-Besitzer von Sion Kölsch, gehörte auch zu meinen Gegnern. Und plötzlich stellten wir fest, dass am Abend des Kreisparteitages seine Köbesse mit abgestimmt haben bei der Wahl. Die hatte er zuvor in die Partei noch schnell gebracht.

Fromm: Auf dem Bierdeckel quasi? Aber was war denn der Grund für all diesen Trubel?

Baum: Diese Auseinandersetzung war auch bestimmt durch die neue Deutschland- und Ostpolitik, die wir massiv nach vorne getrieben haben. Und die war umstritten, wie Sie wissen. Es war eine sehr starke Polarisierung in der ganzen Gesellschaft. Wir wollten eine neue FDP, auch verbunden mit Reformen in der Deutschland- und Ostpolitik in der sozial-liberalen Bundesregierung.

Ich bin also abgewählt worden bei dem Kreisparteitag im Januar. Dann gingen wir vor Gericht. Und das hat dann bundesweite Aufmerksamkeit gefunden.

Das Gericht hat angeordnet, dass die Wahl wiederholt werden muss und die fragwürdigen Mitglieder nicht teilnehmen durften. Dann gab es am 13. Februar, wenn ich mich recht erinnere, eine Riesen Versammlung in der Wolkenburg mit mehreren hundert Leuten. Jede Seite hatte aufgebracht, was sie überhaupt aufbringen konnte.

Und hier wurde ich als Kreisvorsitzender wieder eingesetzt. Diese Revolte zerbrach sich damit.

(Anm.d.Red.: Auch dieses Parteitagsergebnis wurde letztendlich vor Gericht annulliert, da die Wahl nicht als Bestandteil der Tagesordnung in der Einladung gestanden hatte. Am 21.3. wurde ein drittes Mal gewählt. Auch hier gewinnt Gerhart Baum die Wahl zum Kreisvorsitz)

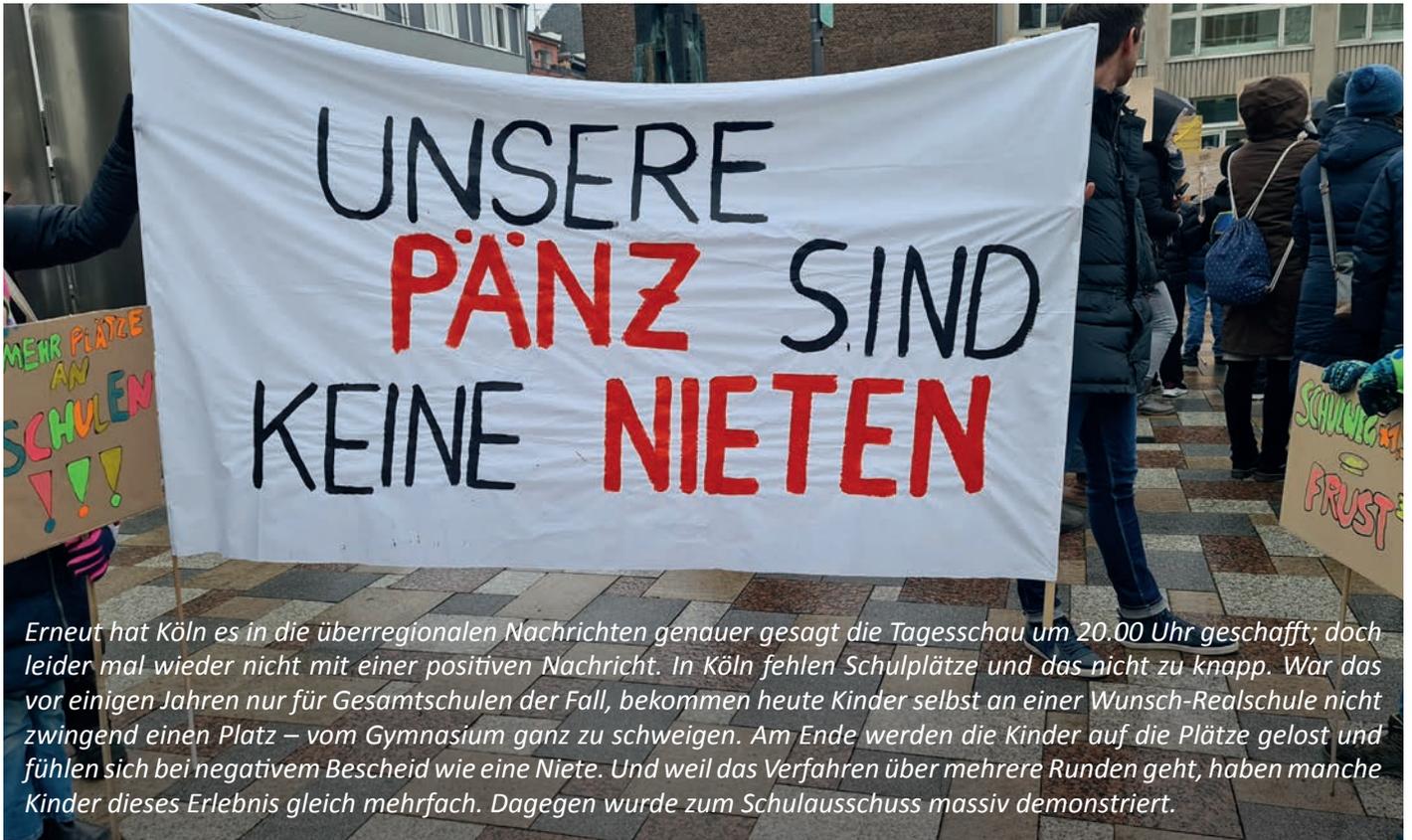
Fromm: Hat dieser Konflikt mit den Herren Brügelmann und Leirich für langfristige Verwerfungen gesorgt in der Kölner FDP?

Baum: Herr Brügelmann und ich hatten ein durchaus angenehmes Verhältnis. Ungeachtet der politischen Auseinandersetzungen, die wir hatten. Wir haben auch hinterher wieder zusammengefunden. Mit Herrn Leirich habe ich dann auch wieder meinen Frieden gemacht. Ich habe ihn dann ja später auch zum Beigeordneten vorgeschlagen. (Anm. d. Red.: Wolfgang Leirich war von 1975 bis 1987 Beigeordneter für Schule.)

Fortsetzung in der kommenden Ausgabe

ERNEUT EINE SCHULTOMBOLA

AUS FEHLERN NICHT LERNEN SCHEINT PROGRAMM BEIM RATSBÜNDNIS ZU SEIN



Erneut hat Köln es in die überregionalen Nachrichten genauer gesagt die Tagesschau um 20.00 Uhr geschafft; doch leider mal wieder nicht mit einer positiven Nachricht. In Köln fehlen Schulplätze und das nicht zu knapp. War das vor einigen Jahren nur für Gesamtschulen der Fall, bekommen heute Kinder selbst an einer Wunsch-Realschule nicht zwingend einen Platz – vom Gymnasium ganz zu schweigen. Am Ende werden die Kinder auf die Plätze gelost und fühlen sich bei negativem Bescheid wie eine Niete. Und weil das Verfahren über mehrere Runden geht, haben manche Kinder dieses Erlebnis gleich mehrfach. Dagegen wurde zum Schulausschuss massiv demonstriert.

Ehrlicherweise muss ich eingestehen, dass wir so lange nicht alle werden zufriedenstellen können, bis es ausreichend Schulplätze gibt und selbst dann wird nicht jedes Kind an der Wunschschule unterkommen können, denn es gibt Trends und Wellenbewegungen in der Stadt. So schnell können wir die Schullandschaft nicht anpassen. Wir können aber dafür sorgen, dass die Anmeldeverfahren schnell und transparent werden.

Das aktuelle Verfahren zieht die Gesamtschulen mit einem eigenen Anmeldeverfahren vor. Dieses hat Ende Januar stattgefunden und im Februar wurden die Bescheide verschickt. Die Gesamtschulen nehmen nur so viele Schülerinnen und Schüler auf wie sie Platz haben. Die abgelehnten Kinder bekommen ihren Anmeldeschein zurück und können damit ohne Nachteile am zweiten Verfahren (Anmeldung an Gymnasien, Real-, Haupt- und Förderschulen) teilnehmen. Beim 2. Verfahren kommt nach zwei Wochen ein Bescheid, ob man den Wunschplatz erhalten hat. Wenn nicht, startet die 2. Runde zwei Wochen später und man wartet dann weitere zwei Wochen auf eine Zu- oder Absage. In einer 3. Runde werden die übriggebliebenen Kinder individuell beraten und durch Verdichtung oder an einer Wohnort fernen Schule

untergebracht. Im Gegensatz zur Gesamtschule müssen alle anderen Schulformen Kinder, die dort hinwollen, aufnehmen, so dass viele Schulen an den Rand ihrer Kapazitäten stoßen.

Viel schlimmer ist es aber für Kinder, die im gesamten Verfahren „Los-Pech“ hatten. Wenn sie eigentlich einen Gesamtschulplatz wollten und am Ende verteilt werden, haben sie über zwei Monate gezittert, welche Schule sie nach den Sommerferien besuchen dürfen. Das ist unwürdig und frustrierend, war aber absehbar, denn das hatten wir alles schon Mal. Gelernt hat das Bündnis nichts daraus. Nach vielen Diskussionen und sogar Treffen mit den Schulleitungen der Gymnasien hätten wir im November letzten Jahres ein komplett neues Verfahren aufsetzen können: alle Schulen zusammen und dann eine digitale Vergabe der Schulplätze. Es hätte keine 24 Stunden gedauert, bis alle Plätze vergeben worden wären. Die wenigen Kinder, die dann leer ausgegangen wären, hätte man viel besser und effektiver betreuen können. Leider fehlte hier der Mut und man hat es gemacht „wie immer“.

Bei den Protesten der Eltern und Kinder im Schulausschuss eierten die Vertreter des Bündnisses dann herum und

behaupteten sogar, dass alle zusammen das Verfahren getragen hätten. Der einzige Lichtblick in dieser verkorksten Situation und hoch emotionalen Veranstaltung war, dass Maria Westphal und ich klar sagen konnten: Die FDP hat als einzige Partei dagegen gestimmt!

Nun gilt es aufstehen, Krönchen richten und sich mit der richtigen Idee für das nächste Jahr durchsetzen. Gleichzeitig dürfen wir das große Ziel nicht aus den Augen verlieren: Bauen, bauen und noch mehr bauen, denn auch an Grundschulen werden die Plätze knapp und hier gilt noch mehr: kurze Beine – kurze Wege.

Wenn wir faktisch genug Schulplätze haben, werden wir die Qualität des Unterrichts steigern, die Inklusion vorantreiben, den Frust beim Schulwechsel verringern und vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler im Unterricht auf der Fensterbank sitzen müssen, weil es nicht genug Stühle gibt, wenn keiner fehlt – so wie es meinem Sohn in der 9. Klasse ergangen ist.

Stefanie Ruffen
Schul- und Baupolitische Sprecherin der
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln



VERLEIHUNG DES FRIEDRICH-JACOBS-PREISES

Ende Dezember vergab die FDP-Fraktion im Haus Unkelbach in Sülz ihren alljährlichen Friedrich-Jacobs-Preis. Dieses Jahr ging er an Dr. Juliane Kronen und ihr Unternehmen innatura gGmbH. Katja Hoyer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, hielt die Laudatio: „Wir freuen uns, so einem wichtigen Projekt die nötige Ehre zu erweisen. Innatura sorgt dafür, dass Produkte mit guter Qualität, die nicht in den Handel gelangen können, als Sachspenden an Bedürftige gegeben werden. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, Menschen, die sich für ein besseres gesellschaftliches Miteinander und eine Ressourcen schonende Zukunft einsetzen, zu ehren. Unternehmen wie innatura gibt es noch viel zu wenig in Deutschland. Deswegen sind wir stolz, dass dafür in Köln ein Vorbild entstanden ist.“ [pm]

EHRUNG FÜR GERHART BAUM

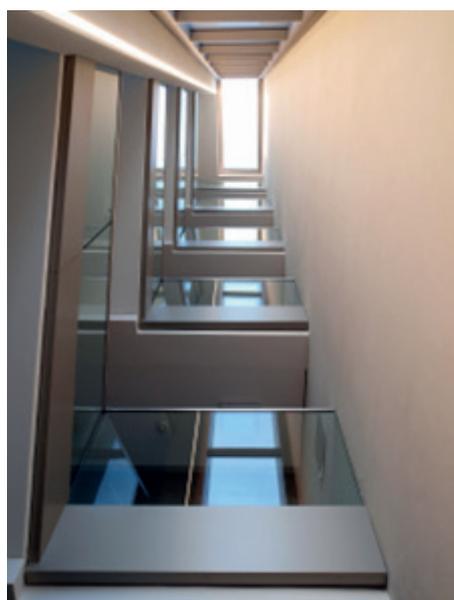
Gerhart Baums neunzigster Geburtstag wurde breit gefeiert und auch für seinen Heimatverband war es natürlich Ehrensache, ihn und sein politisches und gesellschaftliches Engagement zu würdigen. Und wie kann man einen so debattenstarken Jubilar besser feiern als mit einer Diskussionsveranstaltung? So haben wir es gemacht und ins Pfandhaus in die Südstadt geladen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Johannes Vogel hielt eine sehr persönliche Laudatio, die Gerhart Baum als Bezugspunkt für viele liberale Politikerinnen und Politiker profilierte.

Die folgende Podiumsdiskussion mit Gerhart Baum, Katja Hoyer und Johannes Vogel stellte die Frage nach aktueller Situation und Herausforderungen des Liberalismus. Unter der souveränen Leitung des Kulturjournalisten Michael Köhler entspann sich eine lebhaft Diskussion, die die ansteckende Leidenschaftlichkeit Gerhart Baums für politisches Denken und Streiten für alle erfahrbar machte. Im anschließenden Get-together war sehr spürbar: Gerhart Baum ist eine wichtige Inspiration für aktive Liberale! [ld]



(v.l.n.r.): Ralph Sterck, Katja Hoyer, Dr. Juliane Kronen, Brigitte Lausch und Annette Wolter

Anzeige



ERA PartG mbB
ErlenRuffenArchitekten

Gehobener Verwaltungsbau | Öffentliche Gebäude | Großer Wohnungsbau | Sportbauten | Hotels | Planung und Bauleitung | Neubau | Energetische Sanierung und Modernisierung

Technische Zeichnerinnen und Zeichner, Ingenieurinnen und Ingenieure ständig gesucht. Wir bieten Festverträge mit flexiblen Arbeitszeitmodellen im netten Team.



IMPRESSUM: KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP-Köln

FDP-Köln · Breite Straße 159 · 50667 Köln · T 0221 253725 | FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln · Rathausplatz 1 · 50667 Köln · T 0221 221-23830

Redaktion (V.i.S.d.P.) Stephan Wieneritsch · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de · Redaktionsschluss: 13. März 2023

Mitwirkende dieser Ausgabe: Dr. Christian Beese | Lorenz Deutsch | Willem Fromm | Reinhard Houben | Joachim Krämer | Stefanie Ruffen | Ralph Sterck